

Beabsichtigt ist, damit am Mittwoch, dem 1. Mai, Vorträge über Schaufenstertechnik, Kundenpsychologie und Rationalisierung zu verbinden. Der Besuch dieser Vorträge ist kostenlos. Sie können natürlich nur stattfinden, wenn sich genügend Hörer melden.

Anmeldungen sind deshalb bis 17. April an die Verbestelle zu schicken.

Leipzig, den 9. April 1929.

**Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.**

Dr. Heß, Generaldirektor.

## Zur Wirtschaftslage.

Von Professor Dr. G. Menz, 3. St. Kissingen.

**[Die allgemeine Konjunkturlage — Die Pariser Tributkonferenz — Druckpreiserhöhung — Das Lagerproblem.]**

In der allgemeinen Konjunkturlage ist keine Besserung eingetreten. Man muß schon zufrieden sein, daß wenigstens auch keine augenfällige Verschlechterung festzustellen ist. Dank offenbar sehr weitgehender Hilfe der Banken ist es dem Reich gelungen, den gefährlichen 1. April glücklich zu überwinden. Werden aber die Steuereingänge jetzt wirklich so ausreichend sein, daß eine Wiederverkehr der gespannten Kassenlage nicht zu befürchten ist? Die zunehmende Schwächung der Wirtschaft läßt nicht ohne weiteres darauf hoffen. Das Defizit des Reichs ist im Februar bereits auf über 260 Millionen angewachsen. Was etwa ein Rückgang der Arbeitslosigkeit an Entspannung bringen könnte, wird vermutlich durch die Zinsverpflichtungen für die jetzige Bankhilfe aufgewogen. Die Schwierigkeiten sind also offensichtlich nur verschoben, nicht tatsächlich behoben. Daß der Wirtschaft wirklich keine weitere Steuerbelastung zugemutet werden kann, geht am deutlichsten daraus hervor, daß Reichstag und Regierung sich an einen Abbau des Etats haben machen müssen. Am beachtlichsten ist dabei, daß auch der Sozialetat zu Abstrichen hat herhalten müssen. Dazu hätte man sich sicherlich nicht verstanden, wenn die Not nicht wirklich zum Himmel schrie. Freilich lauert hinter dieser Wendung des Reichs zur Vernunft für die Wirtschaft immer noch das Gespenst einer Erhöhung der Realsteuern durch die Gemeinden. Hier müßte ein Riegel vorgeschoben werden, wenn die Wirtschaft nicht schließlich nur aus dem Regen in die Traufe kommen soll. Besorgnisse muß es auch erregen, daß offensichtlich eine neue Lohnbewegung im Gange ist. Selbst die Streitgefahr bei der Reichsbahn ist ja nur vertagt, nicht beschworen. Wohin soll das führen? Wie es in der Wirtschaft aussieht, das schildert das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe in seinem letzten Monatsbericht so:

Die Wirtschaftslage war im März nach wie vor schlecht. Der Absatzmarkt im Bergbau besserte sich zwar etwas, doch zeigten für den Ruhrbergbau die auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers abgefaßten Denkschriften eine krisenhafte Lage, die durch die Kündigung des Lohnabkommens seitens der Bergarbeiter noch eine Verschärfung zu erhalten droht. Auch in der Eisenindustrie war die Nachfrage nach einigen Erzeugnissen etwas lebhafter; für eine dauernde Besserung fehlen jedoch auch hier alle Voraussetzungen. In der Maschinenindustrie konnte der Rückgang der Beschäftigung für den Inlandmarkt durch die Steigerung der Ausfuhr nicht ausgeglichen werden. Die Lage der Textilindustrie war nach wie vor gedrückt, ebenso die der Automobilindustrie. In der elektrotechnischen Industrie herrscht starke Zurückhaltung. Die chemische Industrie konnte ihren im allgemeinen befriedigenden Stand aufrecht erhalten. Der Arbeitsmarkt lag noch sehr darnieder. Die Entwicklung des Baugewerbes und der Landwirtschaft wird ganz besonders durch die Lage auf dem Kreditmarkt gehemmt, die sich trotz des Rückganges in Industrie und Handel bisher nicht gebessert hat. Die Devisennachfrage war gegen Ende des Monats besonders stark.

Sollen von dieser sinkenden Konjunktur allein die Löhne ausgenommen sein? Man kann natürlich Lohnerhöhungen jederzeit beschließen. Vermag man aber auch einfach im Wege des Beschlusses oder des Schlichtungsentscheids zu erreichen, daß die Lohnauschüttungen vorher verdient werden? Über der deutschen

Wirtschaft hängt immer noch das Damoklesschwert einer neuen Diskonterhöhung. Nachdem sich Holland und Italien dazu haben entschließen müssen und die Lage in Paris, London und New York eher Zeichen weiterer Anspannung als endgültiger Entlastung zeigt, ist sorgloser Optimismus in dieser Frage nicht mehr möglich. Auch die Goldverluste der Reichsbank, die in den letzten Monaten insgesamt fast eine halbe Milliarde betragen haben, reden eine unmißverständliche Sprache. Unter diesen Umständen ist Besinnung auf die Wahrheit, mag sie noch so bitter sein, unumgänglich. Man darf sich auch nicht etwa dadurch darüber hinwegtäuschen wollen oder lassen, daß es der Sozialversicherung auch im letzten Jahre wieder gelungen ist, neues Kapital in Höhe von fast einer halben Milliarde anzusammeln. Daß eine solche Kapitalbildung an dieser Stelle möglich war, während die produktive Wirtschaft dazu nicht kommt und teures Auslandskapital bis zur Gefahr völliger Überfremdung (Opel!) heranziehen muß, ist ja ohnehin schon ein Zeichen nur dafür, daß in unserem Organismus etwas nicht in Ordnung ist. Außerdem ist zu bedenken, daß Kapital kein Ding an sich ist. Es wird »angelegt« und ist von diesem Augenblick nicht mehr stabil für alle Fälle. Es behält seinen Wert nur, wenn die Wirtschaft gesund genug bleibt, um es verzinsen und amortisieren zu können. Dafür, daß dies geschehen kann, ist noch keine Versicherung erfunden. Jene Verlagerung der Kapitalbildung kann sich also sehr leicht einmal bitter rächen.

Eine wirkliche Sanierung unserer Gesamtwirtschaft nicht nur hinsichtlich ihrer augenblicklichen Lage, sondern mehr noch nach ihrer grundsätzlichen Organisation ist doppelt notwendig, nachdem ihr offenbar von Paris her neue Gefahren drohen. Das Bild der Tributkonferenz fängt an etwas deutlicher zu werden. Die schon früher genannte Gesamtforderung von rund 32 Milliarden Goldmark setzt sich zusammen aus 25 Milliarden für die Abdeckung der interalliierten Schulden, rund 6,5 Milliarden für Wiedergutmachungskonto in Frankreich — die Franzosen möchten noch 25 Prozent mehr, soweit geht aber der Amerikaner Young, der Vorsitzende, auf keinen Fall mit — und einem Restbetrag für sonstige Konten (amerikanische Besatzungskosten usw.). Davon sollen die 25 Milliarden für sich behandelt werden und lediglich in Jahresraten amortisiert werden. Da man Deutschland auf keinen Fall höhere Zahlungen dieser Art als gegenwärtig nach dem Dawesplan zumuten kann, läme man dabei auf Verpflichtungen bis auf die Dauer von 50—60 Jahren. Der Rest ist Gegenstand der Kommerzialisierungspläne, weil vor allem Frankreich möglichst sofort Bargeld sehen möchte. Man wird sich dazu zu erinnern haben, daß amerikanischerseits schon vor einiger Zeit 7 Milliarden etwa als Höchstbetrag einer augenblicklich möglichen internationalen Anleihe genannt worden ist. So weit der Plan unserer Gegner, in erster Linie Frankreichs. Einig ist man sich dann darüber, daß die Kommerzialisierung unter allen Umständen nur mit Hilfe der geplanten Tributbank möglich wäre. Schon dieser Gedanke aber wird nicht überall mit ungeteilter Freude aufgenommen. Amerika fürchtet zum Teil, daß diese Bank England eine führende, wenn nicht überragende Rolle verschaffen würde. Um die Bank wird es jedenfalls, wenn sie kommt, noch Kämpfe geben. In England aber steht man vor allem dem Gedanken des Ausbaus der deutschen Sachlieferungen mit Hilfe der Bank noch sehr skeptisch gegenüber. Immerhin wird man um diesen Ausbau der Sachlieferungen nicht herumkommen, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll. Danach jedoch tauchen nun erst recht Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf. Deutscherseits wird die Ausdehnung der Tributverpflichtung über 37 Jahre auf 60 unbedingt abgelehnt. Dazu sind wir weder nach dem Versailler Diktat noch nach dem Dawesplan verpflichtet. Wir befinden uns aber dabei in einer Zwickmühle. Kürzung der Zahlungsdauer bedeutet Erhöhung der Jahresrate. Was ist das kleinere Übel: niedrige Raten auf längere Zeit oder höhere Raten für kürzere Zeit? Es droht dabei sogar noch eine weitere Gefahr: setzen wir die Anerkennung durch, daß wir nur niedrige Raten zu tragen vermögen, und daß wir auf keinen Fall über 37 Jahre zu frohnen verpflichtet sind, so ist zu befürchten, daß man auch diesmal wieder nur auf eine Teillösung hinauskommt. Was ist denn das kleinere Übel: augenblickliche Entlastung und Ungewiß-